

## **Ein technologischer Ausweg aus der Krise?** Der Kapitalismus vor einem neuen Aufschwung?\*

---

Dipl.-Volkswirt Kurt Hübner, geb. 1953 in Neuenstadt, Studium der Volkswirtschaftslehre in Mannheim, arbeitet als wiss. Mitarbeiter für politische Ökonomie am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Dipl.-Pol. Michael Stanger, geb. 1953, studierte Politologie und Volkswirtschaftslehre in Braunschweig und Berlin. Seit 1981 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für politische Ökonomie am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

In zwei jüngst erschienenen Diskussionsbeiträgen hat Otto Jacobi die Hoffnung geäußert, daß über einen technologischen Innovationsschub nicht nur ein Ausweg aus der gegenwärtigen Stagnationskrise, sondern in seiner Folge auch eine Rückkehr zum Keynesianismus möglich sei. Diese optimistische

---

\* Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Beitrages für eine Konferenz in Frankfurt „Labour Exclusion or New Patterns of Co-Operation?“ des Instituts für Sozialforschung vom 12. -15. Dezember 1985.

Zukunftssicht stützt sich auf eine „Zyklizitätsthese, deren Kern die Behauptung ist, daß durch die Wirkung der Reinigungskrise die Startbedingungen für eine neue Wachstumsperiode und damit für eine Neuauflage keynesianischer Politik geschaffen werden“.<sup>1</sup> Für die Gewerkschaften bedeute diese Entwicklung die Chance, ihre im Verlauf der Krise stark erschütterte „Position... als traditionelle Pioniere von Wohlfahrts- und Sozialstaat“<sup>2</sup> zu regenerieren und verlorengegangenes Terrain zurückzuerobern. Diese Argumentation beruht zunächst auf der Annahme, daß der Keynesianismus als ein vorwiegend von sozialdemokratischen Parteien getragenes Projekt, das das System der Kapitalverwertung mit dem Vollbeschäftigungsziel zu versöhnen versucht, um auf dieser Grundlage zugleich eine sozialstaatliche Reformpolitik zu betreiben, dauerhaft und erfolgreich nur unter den Bedingungen (welt-)wirtschaftlicher Prosperität funktionieren kann. Traditioneller Keynesianismus im Sinne anti-zyklischer Globalsteuerung stellt mit anderen Worten eine wirtschaftspolitische Strategie der Prosperität dar, in der ökonomische Krisen nur in Form konjunktureller Rezessionen auftreten. Stößt diese Strategie in Phasen anhaltender Stagnation und Dauerarbeitslosigkeit auf strukturelle Grenzen, so erfordert ihre Neuauflage in der Tat einen überzyklischen Wachstumsschub, der von Jacobi zu Beginn der neunziger Jahre erwartet wird. Damit stellt sich die Frage, auf welche Argumente er diesen Optimismus stützt.

#### Die Innovationshypothese

Die Prognose eines Wiederauflebens des keynesianischen Wohlfahrtsstaates beruht auf der Annahme, daß es einen ökonomischen Mechanismus gibt, der die gegenwärtige Stagnationskrise in eine neue Expansionsperiode „überführt“. Einen solchen Mechanismus erblickt Jacobi in den Wachstumspotentialen neuer Basistechnologien, deren Einführung durch den krisenbedingt verschärften Konkurrenzdruck zunehmend forciert werde. Diese auch in der politischen Auseinandersetzung quer durch die verschiedenen Lager an Attraktivität gewinnende Sicht ist in der wissenschaftlichen Diskussion als Innovationshypothese bekannt. Ihre Kernaussage besteht in der Vermutung eines kausalen Zusammenhangs zwischen Schüben im technischen Innovationsprozeß und langfristigen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung, den von Kondratieff<sup>3</sup> so genannten langen Wellen ökonomischen Wachstums. In der theoretischen Diskussion dieser Hypothese lassen sich drei Varianten unterscheiden. Die erste Version wurde von J. A. Schumpeter<sup>4</sup> formuliert, der innerhalb des analytischen Bezugsrahmens der neoklassischen Theorie argumentiert. Eine zweite Variante basiert auf der Marxschen

1 O. Jacobi: Über Gewerkschaften und Krise. Eine vergleichende empirische Analyse, in: *Leviathan* 2/84, Opladen, S. 246.

2 Ders.: Lange Wellen wirtschaftlichen Aufschwungs und Gewerkschaften, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11/85, S. 646.

3 Vgl. N. D. Kondratieff: Die langen Wellen der Konjunktur, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 56, Tübingen, S. 573-609.

4 Vgl. J. A. Schumpeter: *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*, 2 Bd., Göttingen 1961.

Theorie. Repräsentative Vertreter dieser Richtung sind E. Mandel<sup>5</sup> und A. Kleinknecht<sup>6</sup>, der die Marxsche Akkumulationstheorie mit Ergebnissen der historischen Innovationsforschung zu verbinden versucht hat. Eine dritte, der Argumentation von Jacobi zugrunde liegende Version ist das „Konzept des Innovations- und Produktzyklus“,<sup>7</sup> welches die Abfolge von Perioden unterschiedlicher Wachstumsdynamik aus dem Lebenszyklus innovativer Produkte und Produktionsverfahren erklärt.

So sieht Jacobi in Anlehnung an G. Mensch<sup>8</sup> die Ursache für die ökonomischen Stagnationstendenzen seit den siebziger Jahren vor allem darin, „daß der Mitte der dreißiger Jahre einsetzende Produktzyklus das Stadium der Standardisierung und Normierung erreicht hat“.<sup>9</sup> Angesichts des gegenwärtig beobachtbaren Produktivitäts- und Modernisierungswettlaufs der kapitalistischen Industrieländer hält er es jedoch gleichzeitig für wahrscheinlich, daß mit neuen Technologien „auch neue, expansionsfähige Warenmärkte entstehen“,<sup>10</sup> die die Basis für einen expansiven Wachstumspfad darstellen.

#### Relative Expansion der innovativen Leitsektoren in der Stagnationskrise

Jenseits der Differenzen in der theoretischen Fundierung der Innovationshypothese ist allen drei Versionen zunächst das Argument gemeinsam, daß der ökonomische Wachstumsprozeß in dem Maße an Dynamik verliert, wie die innovativen Leitsektoren ihre Vorreiterrolle - je nach Fassung der Innovationshypothese aus unterschiedlichen Gründen - einbüßen. So erklärt zum Beispiel das Produktzyklustheorem, mit dem Jacobi argumentiert, den Niedergang der Innovationsbranchen angebotsseitig aus der Ausschöpfung des Potentials an technologischem Wissen sowie mit einsetzenden Sättigungstendenzen auf der Nachfrageseite.<sup>11</sup> Gesamtwirtschaftlich hat dies eine Verlangsamung der Wachstumsdynamik zur Folge.

Allein läßt sich ein solcher Zusammenhang empirisch nicht zweifelsfrei nachweisen. So hat van Duijn in einer umfangreichen Arbeit festgestellt, daß die sogenannten Leitsektoren, die radikale Produktinnovationen realisiert haben, auch in Stagnationsphasen der Volkswirtschaft noch expandieren können: „Leitsektoren vermögen gesamtwirtschaftliche Depressionen zu überstehen (das heißt sie wachsen auch während der Depression, wenngleich mit verlangsamtem Tempo) und sind in der Lage, im Zuge des nächsten Aufschwungs erneut zu expandieren. Beispiele dafür sind die US-amerikanische Automobil- und Luftfahrzeugindustrie, die beide nach dem 2. Weltkrieg erneut zu Wachstumssektoren wurden.“<sup>12</sup>

5 Vgl. E. Mandel: Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt/M 1972.

6 Vgl. A. Kleinknecht: Überlegungen zur Renaissance der „langen Wellen“ der Konjunktur („Kondratieff-Zyklen“), in: W. H. Schröder/R. Spree (Hg.), Historische Konjunkturforschung, Stuttgart 1980, S. 316-338.

7 O. Jacobi: Über Gewerkschaften..., a. a. O., S. 241.

8 Vgl. G. Mensch: Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt/M 1977.

9 O. Jacobi: Über Gewerkschaften..., a. a. O., S. 242.

10 ebenda, S. 245.

11 Vgl. G. Mensch: a. a. O., S. 78.

12 J.J. van Duijn: The LongWave in Economic Life, London 1983, S. 136 (Übersetzung d.V.).

Auch für die gegenwärtige Depressionsperiode kann gezeigt werden, daß jene Branchen, die nach den Daten von Mensch in den dreißiger Jahren schwerpunktmäßig Basisinnovationen realisierten, in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren noch überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen konnten. Es handelt sich um die kunststoff- und mineralölverarbeitende, die chemische und elektronische Industrie sowie den Luftfahrt- und Fahrzeugbau. Zwar kann seit Mitte der sechziger Jahre ein Abbau der Verwertungsvorteile (niedriger Kapitalkoeffizient) dieser Branchen und entsprechend eine Verringerung ihres Wachstumsvorsprungs gegenüber der Gesamtindustrie beobachtet werden.<sup>13</sup> Dennoch vermochte diese Branchengruppe auch in den siebziger Jahren immer noch überdurchschnittlich zu expandieren. Mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerung des realen Nettoproduktionsvolumens von 4,1 Prozent zwischen 1970 und 1983 wuchs sie (ohne Mineralölindustrie) mehr als dreimal so rasch wie die verarbeitende Industrie insgesamt (1,3 Prozent). Allein die Mineralölindustrie konnte, bedingt durch die Rohölpreissteigerungen in den siebziger Jahren, ihren Vorsprung aus den sechziger Jahren nicht mehr halten: zwischen 1970 und 1983 ist ihre reale Nettoproduktion sogar um 0,5 Prozent pro Jahr gesunken.<sup>14</sup> Dabei kann der (verminderte) Wachstumsvorsprung der Innovationsindustrien (ohne Mineralölindustrie) in den siebziger Jahren nicht auf entsprechende Verwertungsvorteile gegenüber dem Durchschnitt der Industrie zurückgeführt werden. Betrachtet man den effektiven Kapitalkoeffizienten, in dem sich die Produktionsbedingungen von Profit *und* die Nachfrageentwicklung widerspiegeln, so lassen sich sowohl im Niveau als auch im Wachstum - in den Innovationsindustrien (ohne Mineralölindustrie) nahm der effektive Kapitalkoeffizient zwischen 1970 und 1983 ebenso wie in der Gesamtindustrie (ohne Bergbau) jahresdurchschnittlich um ein Prozent zu<sup>15</sup> - keine signifikanten Unterschiede feststellen.

Angesichts des hohen Weltmarktintegrationsgrades vor allem des Straßenfahrzeug- und Luftfahrtbaus sowie der chemischen Industrie ist zu vermuten, daß sich die überdurchschnittliche Expansion der erwähnten Branchengruppe in den siebziger und achtziger Jahren wesentlich internationalen Kosten- und Produktivitätsvorsprüngen verdankt. In jedem Fall kann festgehalten werden, daß sich die Branchenhierarchie der Prosperitätsphase - entgegen der Behauptung Kleinknechts<sup>16</sup> - in der Periode allgemein verlangsamten Wirtschaftswachstums keineswegs vollständig aufgelöst hat.

#### Das Wechselspiel von technischem Fortschritt und Stagnation

Die innovationstheoretische Begründung einer längerfristigen Abschwächung der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik erweist sich also als nicht

13 A. Kleinknecht: a. a. O., S. 332.

14 R. Krenzel u. a.: Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 26. Folge 1972 -1983, Berlin-West 1984, S. 13.

15 ebenda, S. 108.

16 A. Kleinknecht: a. a. O., S. 328.

haltbar. Ähnliches gilt aber auch für die innovationstheoretische Erklärung eines neuen Wachstumsschubs. In ihrem Zentrum steht das Argument, daß *in* einer Stagnationsphase unter dem Druck verschärfter Konkurrenz einkommens- und beschäftigungswirksame Produktinnovationen getätigt werden, welche neue expansionsfähige Märkte eröffnen.<sup>17</sup> Jedoch wirken Produktinnovationen aufgrund der Input-Output-Verflechtung der Ökonomie fast immer auch prozeßinnovativ. Nur für neue Produkte, die ausschließlich als Konsumgüter fungieren, trifft dieser Doppeleffekt nicht zu.

Gegenwärtig kann die Mikroelektronik als eine Basistechnologie angesehen werden, die bereits seit Mitte der siebziger Jahre das Stadium der Anwendungsreife erreicht hat. Ihre Bedeutung liegt vor allem in der Revolutionierung der Computertechnologie. Der Erzeugung neuer oder verbesserter Produkte (Heimcomputer, Unterhaltungselektronik) steht dabei allerdings die prozeßinnovative Nutzung mikroelektronischer EDV-Technologie gegenüber, die sich im industriellen Bereich vom integrierten Einsatz in der Arbeitsvorbereitung (CAP) und Konstruktion (CAD) bis hin zur Anwendung in der eigentlichen Fertigung (CAM) in Form komplexer Technologiesysteme (DNC-Systeme, Industrieroboter, flexible Fertigungssysteme) erstreckt. Vor allem aufgrund ihrer enormen Produktivitätspotentiale sowie der produktionstechnisch eröffneten Möglichkeit einer „flexiblen Automatisierung“ eignen sich die neuen EDV-Technologien in geradezu idealer Weise als radikale Rationalisierungstechnologien.

Ihre vorrangige Anwendung in dieser Eigenschaft ergibt sich aus dem seit Anfang der siebziger Jahre beobachtbaren Trend der Dominanz produktivitätssteigernder Rationalisierungs- gegenüber beschäftigungs- und einkommenswirksamen Erweiterungsinvestitionen. Dieser Trend verweist auf ein verändertes Investitionsverhalten der Unternehmen, das seinerseits vor dem Hintergrund der in der vorangegangenen Prosperitätsphase aufgebauten Verhältnisse struktureller Überakkumulation zu interpretieren ist: Durch technologische Modernisierung und entsprechende Stückkostensenkungen versuchen die Unternehmen, Marktanteile zu halten und ihre Rentabilitätssituation zu verbessern. Aufgrund dieses Übergewichts kapitalintensivierender und produktivitätssteigernder Rationalisierungsinvestitionen bei gleichzeitig quantitativ verlangsamter Investitionsaktivität wächst aber die Kapitalintensität rascher als der Kapitalstock. Bei weitgehend unveränderter Arbeitszeit führt diese Entwicklung zu einem massiven Arbeitsplatzabbau, der mit einem entsprechenden (multiplikativ verstärkten) Nachfrageausfall einhergeht.

---

<sup>17</sup> Die Gegenposition zu dieser in der Langen-Wellen-Diskussion vor allem von Mensch und Kleinknecht vertretenen Auffassung besagt, daß sich Basisinnovationen vorwiegend im Frühstadium ökonomischer Aufschwungsphasen ereignen, weil expandierende Märkte und allgemein günstige Gewinnaussichten das Risiko radikaler Produktinnovationen minimieren (vgl. J. W. Forrester: Innovation and the Economic Long Wave, in: R. Friedman/W. Scheke (Hg.), Expanding the Opportunity to Produce, Washington 1981, S. 85). Eine empirisch zweifelsfreie Entscheidung zwischen beiden Hypothesen ist nicht möglich, weil sich, abgesehen von methodischen Problemen der exakten Datierung langer Wellen und von „Innovationszyklen“, sowohl in Abschwungs- als auch Aufschwungsphasen eine Häufung radikaler technologischer Neuerungen feststellen läßt.

Dieser Nachfragerückgang, welcher selbst ein Reflex des technologischen Kostensenkungswettbewerbs ist, kommt in dem rascheren Wachstum der Arbeitsproduktivität im Vergleich zu dem der realisierbaren Produktion sichtbar zum Ausdruck. In der Bundesrepublik ist diese Produktions-Produktivitäts-Schere, die sich tendenziell schon in den sechziger Jahren zu öffnen begann, nicht nur im industriellen Kernbereich, sondern auch gesamtwirtschaftlich feststellbar.<sup>18</sup>

Gegen diese These einer rationalisierungsbedingten Entkoppelung von Produktivitäts- und Produktionswachstum<sup>19</sup> ließe sich einwenden, daß der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt in den siebziger Jahren ebenfalls gesunken ist. Von einer Beschleunigung des technischen Wandels könne daher keine Rede sein. Doch übersieht dieses Argument *erstens* die negativen Struktureffekte auf die volkswirtschaftliche Produktivitätsentwicklung durch den gestiegenen Beschäftigungsanteil der produktivitätsschwachen Dienstleistungsbereiche. *Zweitens* gibt die Entwicklung der statistischen Arbeitsproduktivität in den siebziger Jahren den tatsächlichen Produktivitätstrend aufgrund der anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten - selbst Ausdruck und Moment der Produktions-Produktivitäts-Schere - nicht korrekt wieder. Stellt man *drittens* ausschließlich auf die Industrie ab, so zeigt sich deutlich ein stetiges Wachstum der Arbeitsproduktivität im Trend der letzten dreißig Jahre.<sup>20</sup> Diese Konstanz muß im Hinblick auf die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen seit den siebziger Jahren als Resultat gegenläufiger Einflüsse begriffen werden. Einerseits wird durch das relative Übergewicht der Rationalisierungsinvestitionen und den Einsatz neuer Produktionstechnologien das Tempo der Produktivitätssteigerung erhöht, andererseits gehen von der allgemein verlangsamten Akkumulationsdynamik eher hemmende Wirkungen aus. Bleibt im Nettoeffekt dieser gegenläufigen Einflüsse der (industrielle) Produktivitätsfortschritt annähernd konstant, so kann er doch das abgeschwächte Produktionswachstum, welches seinerseits den Zwang zur technologischen Rationalisierung verschärft, im Trend übersteigen. Es ergibt sich daher eine wechselseitige Beeinflussung von ökonomischer Stagnation und technischem Fortschritt, die in ähnlicher Form auch schon E. Lederer für die zwanziger und dreißiger Jahre untersucht hat.<sup>21</sup>

Eine Schließung der Produktions-Produktivitäts-Schere über rein markt- und profitwirtschaftliche Mechanismen erweist sich als wenig aussichtsreich. Die theoretischen Positionen zu dieser Frage sind seit der Freisetzung- und

18 Zu empirischen Belegen der Produktions-Produktivitäts-Schere vgl. J. Welsch: Die „Produktions-Produktivitäts-Schere“ - Argumente und Fakten für die Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 6/1983, S. 347-361; Anhaltspunkte für die Fortsetzung dieses Entwicklungsmusters in mittelfristiger Zukunft liefert die Zusammenstellung von Arbeitsmarktszenarien von C. Schäfer: Auch bei Wachstum bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 eine politische Aufgabe, in: WSI-Mitteilungen 3/86, S. 145-163.

19 Zu einer ausführlicheren Darstellung und Begründung dieser These vgl. E. Altvater/K. Hübner/M. Stanger: Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus, Opladen 1983, S. 96 ff.

20 Vgl. R. Pischner: Zur langfristigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, in: DIW-Wochenbericht 41/42, Berlin-West 1981, S. 470-474.

21 Vgl. E. Lederer: Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Genf 1938 (Wiederabdruck 1981 Frankfurt/M).

Kompensationsdebatte der klassischen politischen Ökonomie im Prinzip bekannt. So könnte argumentiert werden, daß die Produktion der neuen Technologien zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommenseffekte hervorbringt, die den rationalisierungsbedingten Arbeitsplatz- und Nachfrageabbau infolge ihrer prozeßinnovativen Nutzung kompensieren. Dieses erstmals von J. B. Say formulierte Maschinenherstellungsargument wurde indes schon von Marx<sup>22</sup> mit dem Einwand kritisiert, daß sich der Einsatz technologisch verbesserter Produktionsmittel im privaten Profitekalkül nur dann als rentabel erweist, wenn die zu ihrer Produktion erheischte Zunahme an Arbeitsvolumen (Arbeitskräfte x Arbeitszeit je Arbeitskraft) *geringer* ist als die durch ihre Anwendung erzielte Abnahme. Denn nur unter dieser Voraussetzung ist, Reallohn beziehungsweise Wert der Arbeitskraft als gegeben unterstellt, die Lohnkostensenkung *höher* als der (in Werten gemessene) Mehrkostenaufwand für die neue Maschinerie. Bei unveränderter Arbeitszeit kommt es daher in jedem Fall zu Arbeitskräfteeinsparungen, deren Kompensation dann allein durch eine beschleunigte Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals möglich ist. Voraussetzung dazu wäre eine Anhebung der Durchschnittsprofitrate. So wird denn auch einerseits die Mehrwertrate als eine wesentliche Determinante der allgemeinen Profitrate durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Zuge der technologischen Rationalisierungsprozesse erhöht, doch steht dieser Wirkung gleichzeitig der rationalisierungsbedingte Nachfrageausfall im Rahmen der Produktions-Produktivitäts-Schere gegenüber. Eine Reduktion der Reallöhne, die das private Rentabilitätskalkül von der Kostenseite entlasten soll, verschärft lediglich dieses strukturelle Realisierungsdilemma.

Mit diesen Überlegungen ist das Spektrum der Argumente noch keineswegs erschöpft. So wäre denkbar, daß die prozeßinnovative Einführung neuer Basistechnologien nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Kapitalproduktivität - den Kehrwert des Kapitalkoeffizienten - erhöht, weil trotz des Anstiegs der Kapitalintensität durch die Rationalisierungsinnovationen die Arbeitsproduktivität stärker wächst. Es wäre dies der Typus eines *kapitalsparenden* technischen Fortschritts. In diesem Falle, den R. Hickel<sup>23</sup> neuerdings verstärkt betont, könnte mit einer gegebenen Investitionsquote ein höheres Sozialproduktwachstum erzielt werden. Voraussetzung dazu wäre allerdings eine Umverteilung von den Profiten zu den Löhnen, um die Auslastung der mit der gestiegenen Kapital- und Investitionsproduktivität zusätzlich geschaffenen Kapazitäten zu gewährleisten. Eine solche Umverteilung ist durch den Marktmechanismus jedoch kaum zu erwarten, da die konkurrierenden Unternehmen gerade unter den Bedingungen stagnierender Wirtschaftsentwicklung und verschärfter Absatzprobleme die Löhne vorwiegend als Kostenfaktor kalkulieren, während sich der kreislaufvermittelte Einkommens- und Nachfrageeffekt ihrer einzelwirtschaftlichen Sicht entzieht. Ob

---

22 K. Marx: Das Kapital Bd. I, in: Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin (DDR) 1962, S. 414 u. 466.

23 R. Hickel: Ursachen, Prognose und Therapie der Arbeitsplatzvernichtung, in: U. Briefs u. a.: Technologische Arbeitslosigkeit. Ursachen, Folgen, Alternativen, Hamburg 1984, S. 51-94.

diese in der Struktur des Marktsystems eingebaute „Rationalitätsfalle“ allein mit einer expansiven Lohnpolitik, welche die makroökonomische Logik von Kreislaufzusammenhängen auf ihrer Seite hat, erfolgreich angegangen werden kann, ist durchaus fraglich. Die Gesetze der Kreislauflogik, mit anderen Worten die Gesetze von Adam Riese, sind, wie H. Küchle<sup>24</sup> zu Recht betont hat, noch lange nicht die Gesetze des Kapitals. Ohnehin handelt es sich bei dem vorgestellten Szenario um eine rein hypothetische Konstruktion. Von einem kapitalsparenden technischen Fortschritt auf breiter Front kann - trotz der Verbilligung der mikroelektronischen Hard Ware - aktuell (und vermutlich auch künftig) keine Rede sein. So ist der auslastungsbereinigte Kapitalkoeffizient im verarbeitenden Gewerbe, der ein zuverlässigerer Indikator der wertmäßigen und stofflichen Wirkungen technologischer Innovationen ist, zwischen 1970 und 1983 jahresdurchschnittlich um 0,5 Prozent gestiegen.<sup>25</sup>

#### Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation

Die durch den Marktmechanismus bewerkstelligte und durch den wirtschaftspolitischen Restriktionskurs der Konservativen zusätzlich unterstützte Veränderung der funktioneilen Einkommensverteilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsbezieher hat seit Beginn der achtziger Jahre die Akkumulationsmöglichkeiten des reproduktiven Kapitals verbessert. So ist in der Bundesrepublik die bereinigte Lohnquote im Jahr 1984 wieder auf das Niveau des Jahres 1970 zurückgegangen.<sup>26</sup> Von der Verteilungsseite betrachtet, scheinen also die Bedingungen für einen neuen langen Aufschwung durchaus gegeben zu sein. Doch verkennt eine solche Sicht nicht nur die oben angesprochene Realisierungsproblematik, sondern auch die im Zuge der siebziger Jahre aufgebauten weltwirtschaftlichen Blockaden vor allem in Gestalt eines Ungleichgewichts zwischen realer und monetärer Akkumulation. Sie ist das Ergebnis einer strukturellen Zinsverfestigung, welche ebenso wie die rationalisierungsbedingte Produktions-Produktivitäts-Schere hemmend auf den ökonomischen Entwicklungsprozeß wirkt.

Um dieses Argument zu entfalten, ist es notwendig, die bisher ausgeklammerte Realität des internationalen Geld- und Kreditsystems in die Überlegungen einzubeziehen. Die Internationalisierung der Geld- und Kapitalmärkte begann bereits in den fünfziger und sechziger Jahren und setzte sich nach der Freigabe der Wechselkurse im Jahre 1973 beschleunigt fort. Sie hat bis Anfang der achtziger Jahre eine Situation geschaffen, die mit Scharpf treffend als „Verlust der nationalen Zinssouveränität“ bezeichnet werden kann.<sup>27</sup> Dieser Souveränitätsverlust nationalstaatlicher Geldpolitik erwies sich vor

24 H. Küchle: Warum Lohn- und Sozialabbau? - Zur theoretischen Erklärung der gegenwärtigen Politik des Kapitals im Memorandum '84, in: WSI-Mitteilungen 2/1985, S. 102-110.

25 R. Krengel u. a.: a. a. O., S. 111.

26 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1984/85, BT-Drucksache 10/2541, S. 103.

27 F. W. Scharpf: Wirtschaftspolitische Optionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, in: Arbeit 2000, Hamburg 1985, S. 12.

dem Hintergrund ansteigender Realzinsen in allen kapitalistischen Ländern seit 1979 als ein wesentliches Hindernis für eine beschleunigte Akkumulation. Zinssenkungen im nationalstaatlichen Alleingang waren wegen drohender Kapitalabflüsse und entsprechender Abwertungen, die die Gefahr einer Abwertungs-Inflations-Spirale enthielten, kaum möglich. Das hohe Realzinsniveau, dessen Ursachen noch zu erläutern sein werden, hat einerseits die Kapitalkosten drastisch verteuert und andererseits die Attraktivität von Finanzinvestitionen erhöht. Deutlich zeigt sich dies im Rückgang des Anteils der Nettoinvestitionen an den Unternehmergewinnen: in der Bundesrepublik ist er von 39,9 Prozent im Jahre 1973 auf 25,6 Prozent in 1982, in den USA von 30,5 auf 11,5 Prozent und in Großbritannien sogar von 31,5 auf 10,6 Prozent gesunken.<sup>28</sup>

Bis Anfang der siebziger Jahre war das reale Zinsniveau im Trend noch niedrig und hat positiv auf den realen Akkumulationsprozeß gewirkt. Durch hohe Inflationsraten und den Kollaps des Wechselkursregimes von Bretton Woods sowie durch den gleichzeitigen Eintritt in die Weltwirtschaftskrise wurde jedoch von den nationalen Notenbanken verstärkt eine restriktive Geldpolitik eingeleitet. In dieser Situation sahen sich die Unternehmen, die gleichzeitig einen krisenhaften Rückgang ihrer Kapitalrentabilität verzeichneten, veranlaßt, ihre Profite zu einem erheblichen Teil zur Verringerung ihrer Fremdverbindlichkeiten zu verwenden. Ziel dieser Strategie war, auf diesem Wege ihre cash-flow-Position zu verbessern, die durch hohe Nominalzinssätze unter Druck geraten war. In dieser Phase ging es den Unternehmen vorrangig nicht um einen Vergleich zwischen Kapitalrentabilität und Zinssatz. So war nach Berechnungen der OECD die pure profit rate (Kapitalrentabilität minus Zinssatz) Mitte der siebziger Jahre noch positiv. Vielmehr strebten die Unternehmen eine Ökonomisierung ihrer liquiden Mittel in einer Situation hoher Unsicherheit an. Die verfügbaren Mittel wurden in kurzfristige Finanzanlagen investiert, denen primär die Funktion der Wertaufbewahrung zukam.

Kehrseite dieser nicht-investiven Verwendung der Akkumulationsfonds war der Aufbau einer „Plethora von Geldkapital“ (Marx) im nationalen und internationalen Bankensystem. Durch die Petro-Dollarüberschüsse der OPEC-Länder wurde dieses Volumen internationaler Liquidität noch ausgeweitet.<sup>29</sup> Diese Liquidität, die überwiegend aus kurzfristigen Einlagen bestand, bildete die Basis für die Vergabe langfristiger Kredite vor allem an Länder der Dritten Welt, die zum Teil eine Strategie der „verschuldeten Industrialisierung“ verfolgten. Mit der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der siebziger Jahre stieß jedoch diese Strategie auf Grenzen. So wurden zunächst die Exportmöglichkeiten beschnitten, um die für den Schuldendienst erforderlichen Deviseneinnahmen zu erwirtschaften. Die Folge war eine wachsende Nachfrage nach Neukrediten und entsprechend ein Anstieg des internationalen Zinsniveaus, der durch Risikoaufschläge der Banken stabilisiert wurde. Zu diesem Zins-

---

28 Vgl Eurostat 1985 (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen

29 Vgl A Schubert Die internationale Verschuldung, Frankfurt/M 1985. S 38 ff

druck nach oben, der durch die innerhalb der Metropolen selbst gestiegene Zahlungskreditnachfrage zusätzliche Antriebe erhielt, kam ein weiteres Problem. Da zirka drei Viertel aller Kredittransaktionen in US-Dollar vorgenommen werden, erhöhte sich mit dem zusätzlichen Kreditbedarf auch die Nachfrage nach dieser Währung. Das Ergebnis war die Ende der siebziger Jahre einsetzende Aufwertung des US-Dollars auf den internationalen Devisenmärkten. Mit dieser Entwicklung sind zwei Konsequenzen verbunden, die in unserem Zusammenhang von zentraler Bedeutung sind:

1. Finanzinvestitionen stellen aufgrund des verfestigten Zinsniveaus inzwischen eine lukrative Verwertungsalternative dar. Die liquiden Fonds werden daher - im Unterschied zur ersten Phase des Krisenprozesses - nicht aus Unsicherheitsgründen bloß „geparkt“, sondern unter ertragswirtschaftlichen Gesichtspunkten angelegt. In Verbindung mit der vorherrschenden Rationalisierungskonjunktur befestigt diese Verselbständigung der Geldkapitalbindung die Stagnation der realen Akkumulation.

2. Das Hochzinsniveau und die Dollar-Aufwertung haben die Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaft zusätzlich erhöht. So hat die Aufwertung des Dollars das Handelsbilanzdefizit der USA derart vergrößert, daß das durch die hohen Zinsen angelockte Geldkapital zunehmend der Finanzierung der Warerlimportüberschüsse dient. Darüber hinaus werden die Kapitalimporte durch die steigende Staatsverschuldung absorbiert, in der sich die Anstrengungen der Reagan-Administration zur Restabilisierung der militärischen Hegemonie der USA ausdrücken. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß die US-Banken die von ihnen gehaltene internationale Liquidität immer weniger zur Versorgung der Weltwirtschaft und vor allem der verschuldeten Entwicklungsländer verwenden. Zwischen den USA und den Schuldnerländern entbrannte daher ein Wettlauf um anlagesuchendes Geldkapital, das das hohe Zinsniveau stabilisierte und dessen erfolgreicher Ausgang zugunsten der USA unmittelbarer Anlaß der Schuldenkrise des Jahres 1982 war.

Die seit 1986 beobachtbare Dollarabwertung und Zinssenkung mögen, in Verbindung mit dem gleichzeitig fallenden Rohölpreis, auf den ersten Blick gegen diese Schlußfolgerungen sprechen. Doch der Schein trügt. War die allein schon aufgrund des erdölintensiven Wachstumstyps der kapitalistischen Metropolen marktpolitisch durchsetzbare Anhebung der Rohölpreise Anfang der siebziger Jahre durch die OPEC-Staaten auch eine Reaktion auf die Entwertung der „Petro-Dollars“ durch die Inflation in den kapitalistischen Industrienationen und den Kursverfall des Dollars im System von Bretton-Wood, so ist der gegenwärtig feststellbare Rückgang des Dollarpreises für Rohöl vor allem eine verspätete Anpassung an den sowohl krisen- als auch einsparbedingt gesunkenen Energieverbrauch in den rohölimportierenden Industrieländern. Angesichts der nach wie vor ungelösten internationalen Verschuldungsprobleme, die durch den Rohölpreisverfall - wie im Falle von Mexiko - sogar noch verschärft werden, ist aber mit einer mittelfristigen Fortsetzung der Zinssenkung und Dollarabwertung kaum zu rechnen. Nicht zuletzt

die „Zwillingsdefizite“ der USA markieren eine nicht unterschreitbare Untergrenze sowohl des US-amerikanischen und damit internationalen Zinsniveaus als auch des Wechselkurses des Dollars. Berücksichtigt man überdies die teils durch krisenbedingte Entwertungsprozesse, teils durch den Rohölpreisverfall gesunkenen Inflationsraten, so zeigt sich, daß die Realzinsen nach wie vor auf einem überhöhten Niveau stehen.

### Schlußbemerkung

Für Jacobi besteht die zentrale Frage darin, „wie die Gewerkschaften die gegenwärtige Phase des Umbruchs überstehen“.<sup>30</sup> In dieser Fragestellung können wir ihm vorbehaltlos zustimmen. Mit seinem optimistischen Szenario der Entstehung einer „neuen keynesianischen Situation“ auf der Grundlage eines technologischen Auswegs aus der Krise, das eher Wunschenken als einer hinreichend fundierten Analyse entspringt, werden jedoch von ihm die Probleme und Gefahren gewerkschaftlicher Politik in der Konsequenz verharmlost. Angesichts des veränderten ökonomischen Terrains ist sogar zu befürchten, daß die Orientierung an einem herkömmlichen keynesianischen Politikmodell die Einflußchancen der Gewerkschaften am „politischen Markt“ zukünftig noch verringern wird. Nicht zuletzt das Beispiel der Mitterrand-Regierung hat unseres Erachtens gezeigt, welche dysfunktionalen Resultate eine traditionell keynesianisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik zeitigt. Die von uns geäußerten Zweifel an zukünftigen materiellen Grundlagen für eine Wiederbelebung des Keynesianismus dürfen allerdings nicht so interpretiert werden, daß die Gewerkschaften „in den Status einer vernachlässigbaren gesellschaftlichen Kraft abgedrängt (werden)“.<sup>31</sup> Wir meinen vielmehr sowohl in bundesdeutschen als auch in ausländischen Gewerkschaftsbewegungen Bemühungen verorten zu können, den veränderten Akkumulations- und Wachstumsbedingungen konzeptionell Rechnung zu tragen. Dies belegen zunächst die allenthalben erhobenen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, selektivem Wachstum und sozialer Kontrolle des technischen Fortschritts. Wie das Beispiel des Kampfes um die 35-Stunden-Woche gezeigt hat, erfordert ihre Verwirklichung sowohl die Entwicklung neuer Aktionsformen angesichts der krisenbedingt veränderten Machtverhältnisse als auch Eingriffe in die Dispositionshoheit des Kapitals. Ohne eine Politisierung des Produktionsprozesses dürfte eine soziale Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen gegen die Flexibilisierungs- und Individualisierungskonzepte im Zuge technologischer Neuerungen kaum durchzusetzen sein. Eine solche gewerkschaftliche Alternativpolitik bedarf zugleich wirtschaftspolitischer Unterstützung durch die staatliche Ebene. Gerade die weltwirtschaftlichen Blockademechanismen deuten jedoch darauf hin, daß die in aller Regel auf der Basis des Nationalstaates agierenden Gewerkschaften bei der Entwicklung und Umsetzung eines gesellschaftlichen Alternativprojektes jenseits von Neoliberalismus und Keynesianismus auf Schranken stoßen. Die Frage, wie

---

<sup>30</sup> O. Jacobi: Lange Wellen..., a. a. O., S. 646.

<sup>31</sup> Ders.: Über Gewerkschaften..., a. a. O., S. 238.

sich die Grenzen des Weltmarktes im Interesse einer alternativen Wirtschaftspolitik verschieben lassen, statt sich ihnen unter dem schönfärberischen Motto der „ökologischen Modernisierung“ anzupassen (in der vagen Hoffnung, daß internationale Konkurrenzfähigkeit, Vollbeschäftigung und Umweltschutz letztlich doch konfliktfrei vereinbar sind), kann hier nicht mehr erörtert werden. Ihre Diskussion erweist sich aber angesichts der drängenden Probleme bei gleichzeitig nicht einmal im Ansatz vorhandenen Lösungskonzepten, abgesehen von politischen Pseudoantworten, als dringender denn je.